

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 61 (1982)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Lugano hat eine Chance eröffnet!  
**Autor:** Haller, Gret  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339912>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nicht idealistisch ausser Acht gelassen wird.

Hingegen schweigt sich der Entwurf gerade über eine wichtige Rahmenvoraussetzung für eine sozialistische Produktionsweise opportunistisch aus: die Nationalisierung der Grossbanken, der Energieproduktion und Schlüsselindustrien.

5. Wachstumsgesellschaft und Ökologie: Die Autoren nennen den Entwurf ökozialistisch. Sätze wie «Die Ökonomie ist mit der Ökologie zu verbinden» sollen dies belegen.

Ökosozialismus heisst nicht nur ein bisschen weniger Wachstum, sondern der Ökosozialismus bricht mit einer Vorstellung historischer sozialistischer Theorie, wonach die Entfaltung der Produktivkräfte zwingend auch gesellschaftliche Bedingungen für den Sozialismus schaffe, d.h. konkret auch die Abkehr von einer Gesellschaft, die ihr Heil in einer «Wohlfahrt» im Sinne einer Anhäufung von Gütern sucht. Bezeichnenderweise ist dieser Begriff in der Kommission nie gefallen, denn eine Vertiefung dieser Diskussion birgt gerade im gewerkschaftlichen Bereich einige Konfliktstoff. Aus öko-sozialistischer Sicht sind es ferner nicht allein die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ist es ebenso das Industriesystem, die Technologie allgemein, die Herrschaft und Entfremdung schaffen. Allerdings sind auch Ökosozialisten, wie etwa Johanno Strasser (auf den sich die Autoren gerne berufen) der Ansicht, dass es unser vordringlichstes Problem ist, dass wir im Kapitalismus leben, wenn er etwa sagt, «dass sich die Eigentumsfrage auch unter ökosozialistischer Perspektive in voller Härte stellt.» Die Ausführungen im Entwurf aber könnten in ihrer Allgemeinheit mit ebenso wenig Relevanz auch in den «Rigitheissen» der FDP stehen. Ein sozia-

listisches Programm dagegen müsste darauf aufbauen, dass sich Ökologie nicht mit kapitalistischen Verhältnissen vereinbaren lässt und weiterdenken, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zwar eine entscheidende, aber nur eine Bedingung für den Abbau von Herrschaft ist in der heutigen industriellen Realität.

Es gäbe noch weitere Beispiele, die die Konzeptlosigkeit dieses Entwurfes aufzeigen könnten, etwa die Bodenfrage, die Einges hinter das zurückgeht, was in der Partei in den letzten Jahren wurde.

Ich komme zum Schluss:  
Die Minderheit hatte in der kurzen ihr zur Verfügung stehenden Zeit weder die Absicht

noch die Möglichkeit, einen Gegenentwurf vorzulegen.

Sie sieht aber keinen einleuchtenden Grund noch eine äussere Instanz, die die Partei zwingen könnte, eine erst angelaufene Programmdiskussion abzublocken, um ein unzulängliches Papier zu verabschieden.

Die 22 Sektionsanträge, die für Etappe sind, zeigen deutlich, dass zu wenig Zeit für eine demokratische Auseinandersetzung vorhanden war. Die Minderheit hat ihre Schwerpunkte gesetzt und Vorschläge für die Weiterarbeit gemacht. Der Parteitag muss nun entscheiden, ob er ein Papier für die Schublade verabschieden will oder den Bedenken der Minderheit und 22 Sektionsanträgen Rechnung tragen will.

*Gret Haller zur Feminismus-Diskussion am Parteitag:*

## Lugano hat eine Chance eröffnet!

Der Programm-Parteitag Lugano hat beschlossen, den Programm-Entwurf in der Richtung abzuändern, dass als eine der langfristigen Zielsetzungen auch die «Überwindung ...der Vorherrschaft des einen Geschlechtes über das andere» in der Präambel verankert wird. Damit hat die feministische Grundidee ihren Bauplatz im Baugelände des Parteiprogramms der SPS zugeteilt erhalten. Während alle anderen Häuser des Programmdorfes in Lugano ihr Aufrichtefest feiern konnten, wurde zum Feminismus beschlossen, nochmals über die Baupläne zu sitzen und dieses Haus erst nach gründlicher Diskussion entstehen zu lassen. Wie kam es zu diesem Entscheid?

Zum Kapitel «Sozialdemokratie und Feminismus» im ersten Teil des Programms stand ein Sektionsantrag zur Diskussion, dieses ganze Kapitel sei aus dem Programm zu streichen. Leider war dieser Antrag im Antragsbuch ohne seine schriftliche Begründung abgedruckt, so dass die Parteitagsdelegierten seinen Sinn und sein Ziel erst bei der mündlichen Begründung erfahren konnten: Einerseits sei der Text im Programm äusserst dürfsig und diene wohl eher als Alibi. Andererseits und vor allem aber habe es keinen Sinn, einen wohlformulierten Text über Feminismus ins Parteiprogramm aufzunehmen, wenn darüber keine breite Diskussion in der Parteibasis stattgefunden habe. Dies war denn auch der

Grund, warum die Sektion keinen neuen Text vorlegte, sondern die ersatzlose Streichung beantragte mit der Auflage, das Thema Feminismus sei vorerst zu diskutieren und das Programm sei später mit in der Partei breit abgestützten Texten zu ergänzen. Der Sektionsantrag wurde am Parteitag von verschiedenen Mitgliedern der SPS-Fachkommission für feministische Politik unterstützt. Er wurde nach ausgiebiger Diskussion mit grossem Mehr angenommen, und mit ebensogrossem Mehr wurde später ein Rückkommensantrag auf diesen Entscheid abgelehnt.

Verwirrend war für manche Delegierten begreiflicherweise, dass sich in den am Parteitag laufend ausgeteilten Blättern zwei ausformulierte Ersatztexte für das Kapitel «Sozialdemokratie und Feminismus» befanden. Diese Texte waren in der SPS-Kommission für feministische Politik entworfen worden, für den Fall, dass der Streichungsantrag vom Parteitag abgelehnt werde. Nachdem Streichung des Kapitels beschlossen worden war, wurden diese beiden Texte hinfällig. Die relativ strengen Verfahrensregeln — Einreichung der formulierten Anträge bis spätestens Freitag 21.00 Uhr — zwangen zu diesem etwas verwirrlichen Vorgehen, und sie brachten die Verfechterinnen des Streichungsantrages zum Teil in die unangenehme Lage, sich von ihren eigenen Texten im ersten Durchgang distanzieren zu müssen, weil sie noch lieber gar nichts in diesem Kapitel haben wollen, um die weitere Diskussion erst zu ermöglichen. Die bürgerliche Presse — allen voran die NZZ — hat sich bemüht, den Entscheid von Lugano in eine Absage an den Feminismus umzudeuten: Viele Delegierte hätten der Streichung des Kapitels zugestimmt, weil sie den Feminismus endlich

vom Tisch hätten haben wollen; nur eine «unheilige Allianz» zwischen den radikalen feministischen und den antifeministischen Kräften hätte die Streichung möglich gemacht. Diese Interpretation ist offensichtlich falsch: Erstens spricht die Präambel in ihrer neuen Form eine deutliche Sprache. Und zweitens hat weder die antragstellende Sektion noch die Votantinnen, die den Streichungsantrag unterstützten, irgendwelche Zweifel daran offen gelassen, was sie mit der Streichung bezweckten: Beginn einer breiten Feminismus-Diskussion in der Partei, die in einem späteren Zeitpunkt möglicherweise zu einer Ergänzung des Programms führen wird. Die «unheilige» Gegenposition, Streichung bedeute eine Absage an den Feminismus, ist von niemandem auch nur artikuliert, geschweige denn vertreten worden. Wer dem Streichungsantrag zustimmte, musste entweder aufgrund der klar vertretenen Positionen wissen, zu was er oder sie Ja sagte, oder musste immerhin spüren, dass er oder sie die Position des «so nicht!» vertreten half. «So nicht» in dem Sinne, dass feministische Gedanken nicht via drei Frauen am Schreibtisch und 10 Minuten Parteidiskussion ins Parteidokument einfließen können. Wohl mögen einige Delegierte dem Streichungsantrag aus Unmut über die Feministinnen zugestimmt haben. Nachdem die Streichung aber fast 2/3 der Stimmen auf sich vereinigte, dürfte sie auch ohne diese «unheiligen Mitstimmer» eine Mehrheit erreicht haben. Es sei hier noch eine Bemerkung zur Mehrheits- und zur Minderheitsposition in der Programmkommission erlaubt: Bekanntlich vertrat die Mehrheit den Standpunkt, das Programm sei spruchreif und deshalb zu verabschieden, während die Minderheit eine weite-

re Diskussion über die Programmfpunkte befürwortete, das Programm also für noch nicht spruchreif hielt. Der Parteitag hat klar entschieden, das Programm sei spruchreif. Aber ebenso klar und zweifellos zu Recht hat er entschieden, das Thema Feminismus sei noch nicht spruchreif. In diesem Sinne hat sich beim Feminismus die Sicht der Minderheit durchgesetzt, der Weg sei mindestens so wichtig wie das Ziel, die Diskussion sei mindestens so wichtig wie das, was letztlich dabei herauskommt. Auch in diesem Sinne ist die bevorstehende Feminismus-Debatte eine Hoffnung, vor allem für diejenigen, die an die Veränderbarkeit der Gesellschaft und damit an die Veränderbarkeit der Partei glauben wollen.

An der Geschäftsleitung und an der SPS-Fachkommission für feministische Politik wird es nun sein, den Rahmen zu schaffen, in welchem alle an feministischen Fragen interessierte Genossinnen und Genossen über die Baupläne und die Materialien diskutieren können, mit denen etwas später als die übrigen Häuser auf dem Gelände des Parteidokuments möglicherweise auch dieses letzte Haus gebaut werden kann.

